

newsletter*

VERÖFFENTLICHUNG DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION

Liebe Genossin, lieber Genosse,

in der letzten Woche ist die Fraktion mit Klausurtagungen ins neue Jahr gestartet. Mit einem anspruchsvollen Arbeitsprogramm gehen wir in die Auseinandersetzung mit der schwarz-gelben Koalition. Wir wollen vor den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen klar machen, dass Schwarz-Gelb die Zukunft unseres Landes aufs Spiel setzt: Mit dieser Koalition drohen wirtschaftliche Lähmung und soziale Spaltung Deutschlands. Alle drastischen Einschnitte werden auf die Zeit nach den NRW-Wahlen verschoben. Und dass es drastische Einschnitte geben wird, dessen können wir alle sicher sein. Was auf Schuldenrekord und Steuersenkungen auf Pump folgt: Ruin der Kommunen, Sparmaßnahmen im Sozialhaushalt, Gefährdung der aktiven Beschäftigungspolitik und Entsolidarisierung bei der Gesundheitsversorgung. Am Ende werden die Menschen nicht mehr sondern weniger Netto vom Brutto haben.

In dieser Woche haben wir den Bundeshaushalt 2010 beraten. Auch dabei legt die Regierung einen weiteren Beweis vor, dass sie nicht mit Geld umgehen kann. In einer Zeit, die noch immer stark von der Finanz- und Wirtschaftskrise geprägt ist und die die finanzielle Lage des Staates im Wesentlichen beeinflusst, hat die Regierung keine Strategie vorzuweisen. Keine Wachstumsstrategie, keine Konsolidierungsvorschläge, keine Ideen, wie im Weiteren mit der Krise umgegangen werden soll, die sich immer deutlicher auch auf dem Arbeitsmarkt niederschlagen wird. Mit fast 86 Milliarden Euro haben wir die mit weitem Abstand höchste Neuverschuldung in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Die wahren Kosten der Krise schlagen zu Buche und werfen die Frage auf, wer die Zeche zahlt. Schwarz-Gelb aber lehnt die Beteiligung der Finanzmarktakteure an diesen Kosten ab, verweigert sich einem Solidarbeitrag von Spitzenverdienern an zentralen Zukunftsaufgaben in der Bildung und vergrößert stattdessen noch durch Steuersenkungen auf Pump das riesige Loch in den Staatsfinanzen. Diese Bundesregierung verliert den Kontakt zur Realität im Land. Sie gefährdet die Zukunft unseres Landes. Eine solche Krise kann man nicht aussitzen, da muss gehandelt werden. Aber anstatt verantwortungsvoll zu handeln, werden die Kommunen in den Ruin getrieben. Nur um an einige wenige Besserverdienende Steuergeschenke zu verteilen.

Die schamlose Klientelpolitik der Bundesregierung wurde in diesen Tagen besonders deutlich: Zwischen Oktober 2008 und Oktober 2009 hat die Düsseldorfer Substantia AG der FDP 1,1 Millionen Euro überwiesen. Diese Summe ist eine der höchsten Parteispenden in der Geschichte der Partei. Hinter der Substantia AG steht einer der reichsten Deutschen, August Baron von Finck. Die Familie Finck ist Miteigentümerin der Mövenpick Gruppe, die in Deutschland 14 Hotels betreibt. Auch die CSU wurde mit Großspenden bedacht. Die Gegenleistung kam nach der Bundestagswahl mit der Absenkung des Mehrwertsteuersatzes auf Hotelübernachtungen von 19 auf 7 Prozent. Das ist Klientelpolitik wie sie deutlicher nicht sein könnte. Wir haben die FDP im Bundestag aufgefordert, die Spende zurückzuzahlen. Denn der Eindruck, dass schwarz-gelbe Politik käuflich ist, ist nicht nur für die Regierung schädlich, sondern für das ganze Land. Wir wollen keine Rückkehr in die Bimbesrepublik unter Kohl.

Eure Petra Ernstberger

IMPRESSUM

HERAUSGEBER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION, PETRA ERNSTBERGER MdB,
PARLAMENTARISCHE GESCHÄFTSFÜHRERIN, PLATZ DER REPUBLIK, 11011 BERLIN

REDAKTION UND TEXTE VERA NICOLAY, ANJA LINNEKUGEL,
TELEFON (030) 227-510 99 **E-MAIL** REDAKTION@SPDFRAKTION.DE

REDAKTIONSSCHLUS: 22.01.2010, 12.00 UHR

Inhaltsverzeichnis

- 02 **Topthema: Bundeshaushalt 2010**
- 04 Positionspapier der Fraktion: Die Spaltung bekämpfen

TOPTHEMA

Bundeshaushalt 2010

Keine Strategie und keine klare Linie

Herr Schäuble enttäuscht mehr und mehr im Amt des Bundesfinanzministers. Da, wo Peer Steinbruch eine klare Linie hatte, taktiert Schäuble lediglich aus parteipolitischen Gründen. Diese Regierung hat keine Wachstumsstrategie und keine Konsolidierungsstrategie. Sie scheint vielmehr entschlossen, die Bundesfinanzen und auch die Haushalte vieler Länder und sehr vieler Kommunen zu ruinieren – nur um völlig verfehlte Steuersenkungen für Wenige durchzuführen.

Mit dem ersten Haushalt der Bundesregierung bilanzieren wir den krassen Fehlstart der Bundesregierung – und dieser Fehlstart findet auch noch in der größten Finanz- und Wirtschaftskrise der Republik statt. Dass diese Regierung keinerlei Strategie und keinen Kurs zur Krisenbewältigung hat, wird den Fehlstart – zum Schaden unseres Landes – zu einer Dauereinrichtung machen.

Die einzige klare Antwort, die diese Regierung gibt, sind die Ankündigungen weiterer Steuersenkungen. Doch hier herrscht unter allen Experten Einigkeit: Weitere massive Steuersenkungen bei leeren öffentlichen Kassen sind keine Wachstumsstrategie. Bereits heute könnte Frau Merkel oder ihr Finanzminister Schäuble jegliche Steuersenkung für die nächsten Jahre absagen. Die Mai-Steuerschätzung zur Bedingung für die Steuerentscheidungen zu machen, ist somit Augenwischerei, und der Versuch, uns alle für dumm zu verkaufen.

Eckdaten Bundeshaushalt 2010

Der Bundeshaushalt ist im Wesentlichen geprägt von der anhaltenden Wirtschafts- und Finanzkrise. 2010 soll nach dem Entwurf des Bundeshaushalts die Nettoneuverschuldung 85,8 Milliarden Euro betragen. Das sind so viele Schulden wie noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Außerdem soll der Bund in diesem Jahr 325,4 Milliarden Euro ausgeben können. Das sind 22,09 Milliarden Euro mehr als im vergangenen Jahr (2009: 303,31 Milliarden Euro). Für Investitionen sind 28,7 Milliarden Euro (32,8 Milliarden Euro) eingeplant.

Die Zahlen zeigen ganz klar: Deutschland kann sich weder 2011, noch 2012, noch 2013 weitere weitreichende Steuersenkungen leisten. Auch die jetzt ins Spiel gebrachte Verschiebung auf 2012 oder 2013 ist weder mit der neuen Schuldenregel vereinbar, noch mit dem Europäischen

Stabilitäts- und Wachstumspakt, und erst recht nicht mit einer Politik, die die Interessen zukünftiger Generationen beachtet. Um das zu erkennen, brauchen wir nicht die nächste Steuerschätzung. Entgegen dem Eindruck, der von der Koalition erweckt werden soll, wird die nächste Steuerschätzung keine einzige relevante neue Entscheidungsgrundlage liefern.

Selbst wenn die Mai-Steuerschätzung einen gewissen Anstieg der bisher prognostizierten Steuereinnahmen zum Ergebnis hätte, selbst dann wären die Löcher in den öffentlichen Kassen immer noch so tief, dass es auf absehbare Zeit keinerlei Entlastungsspielraum gibt.

SPD steht zu ihrer Verantwortung

Die SPD wiederum steht zu ihrer Verantwortung auch in der Opposition. Wir werden die politischen Widersprüche und Fehler der Koalition aufdecken, uns aber auch mit eigenen Vorschlägen konstruktiv einbringen. Wir fordern Bundesfinanzminister Schäuble auf, endlich die Karten auf den Tisch zu legen und eine mittelfristige Finanzplanung vorzulegen, die transparent und exakt unterlegt, wie die Konsolidierung des Bundeshaushalts vollzogen werden soll.

Es ist unverantwortlich, die Bevölkerung darüber im Unklaren zu lassen, nur um vor der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen sich einer öffentlichen Diskussion über die wahren Ziele dieser Koalition zu entziehen.

Es war die SPD, die in den vergangenen Jahren für stabile öffentliche Finanzen stand. Dies gilt gerade jetzt und in Abgrenzung zur Regierungskoalition, die in ihrem Koalitionsvertrag nun sogar den Staatsbankrott zum Programm erhoben hat. Nur die SPD steht für einen handlungsfähigen Staat, für den die Sicherung von gleichen Lebenschancen für alle Menschen handlungsleitend ist.

Die SPD wird an ihrem Kurs zur Krisenbewältigung festhalten. Das heißt: In erster Linie geht es darum, die Auswirkungen der Krise auf die Menschen in unserem Land abzumildern. Mit den Konjunkturpaketen und der Bankenstabilisierung konnte unsere Volkswirtschaft vor einem größeren Absturz bewahrt werden. Die Bewältigung der Symptome ist dabei für uns untrennbar mit der Bekämpfung der Ursachen verbunden, damit sich eine solche Krise nicht wiederholen kann.

Diejenigen, die die Krise verursacht haben, müssen auch dafür haften und diejenigen, die von den staatlichen Rettungsmaßnahmen unmittelbar, aber auch mittelbar profitieren, müssen die Kosten tragen, die den öffentlichen Haushalten entstanden sind. Für Staat und Politik gilt: Künftig müssen effektivere, umfassendere Regeln implementiert werden, um ein erneutes Versagen der Akteure auf den Märkten zu verhindern.

Damit Politik und Staat im Interesse der Menschen auch in Zukunft handlungsfähig bleiben, muss nach der Bewältigung der Krise die Rückkehr zur Konsolidierung Priorität haben. Weitere Einnahmeverluste für Bund, Länder und Gemeinden sind deshalb nicht vertretbar, schon gar nicht durch ungerechte Steuersenkungen.

Die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte setzt einen nachhaltigen Aufschwung und mehr Beschäftigung voraus. Für einen nachhaltigen Aufschwung brauchen wir vor allem Investitionen in Bildung und Forschung. Wir bekennen uns deshalb zu dem Ziel, die Investitionen der öffentlichen Haushalte für diesen Bereich zu steigern.

Wir sagen, die Nettokreditaufnahme kann gegenüber dem neuen Regierungsentwurf deutlich gesenkt werden. In den Haushaltsberatungen werden wir dazu die politisch abzulehnenden Ansätze benennen und stellen darüber hinaus die veranschlagten Einnahmen und Ausgaben in jedem Einzelplan kritisch auf den Prüfstand, um möglichst zusätzliche Einsparpotentiale zu erwirtschaften.

FRAKTIONSCLAUSUR

Positionspapier: Spaltung bekämpfen

Auf ihrer Fraktionsklausur hat die SPD-Bundestagsfraktion den Anfang gemacht, ein Konzept für die Arbeitsgesellschaft von morgen zu entwickeln. Die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten setzen vor dem Hintergrund der längst noch nicht überwundenen Wirtschaftskrise auf die Schaffung zukunftsfähiger neuer Arbeitsplätze. Als Partei der Arbeit will die SPD einen Fortschritt erzielen, der nachhaltig erwirtschaftetes Wachstum und neue Arbeit mit Teilhabe und Integration vereint.

Die Spaltung bekämpfen: Wachstum, Arbeit, Teilhabe

Die Finanz- und Wirtschaftskrise ist längst nicht überwunden. Im Jahr 2010 wird sich die Krise verstärkt auf den Arbeitsmarkt auswirken. Die SPD-Bundestagsfraktion sieht es als vordringliche Aufgabe der Politik an, Lösungen für die Überwindung und die Verhinderung einer Wiederholung einer derartigen Krise zu entwickeln. Ziel der SPD-Bundestagsfraktion ist es, die Arbeitsgesellschaft in Deutschland zukunftsfest zu machen. Dazu hat sie in ihrer Fraktionsklausur ein Positionspapier unter dem Titel „Die Spaltung bekämpfen: Wachstum, Arbeit, Teilhabe“ vorgelegt. Mit der Präsidentin des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung, Jutta Almendinger und dem Vorsitzenden der IG-Metall Berthold Huber haben die SPD-Bundestagsabgeordneten über drei Stunden zu den Anforderungen an neue Arbeit und Bildung im neuen Jahrzehnt diskutiert. Die SPD-Bundestagsfraktion wird in den kommenden 12 Monaten mit dem Projekt „Zukunft der Arbeit“ gemeinsam mit Gewerkschaften, Wirtschaft und Wissenschaft ein umfassendes Konzept für die Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik des neuen Jahrzehnts entwickeln.

Neue Arbeit schaffen

Die Menschen in Deutschland sollen auch in Zukunft von ihrer Arbeit leben können. Dafür müssen die Weichen richtig gestellt werden. Nachhaltiges Wachstum braucht einen Kern aus ökologisch innovativer Produktion. Deutschland kann hier beim Umbau der europäischen und globalen Wirtschaft vorangehen. Auch der Dienst von Menschen für Menschen in den Bereichen Gesundheit und Pflege ist ein wichtiger Beschäftigungsmotor. Dazu muss er jedoch solide und solidarisch finanziert werden. Und Wachstum bedeutet für die Sozialdemokraten Wachstum durch Gerechtigkeit. Eine gerechtere Verteilung von Einkommen stärkt den privaten Konsum und damit unsere Wirtschaft. Dazu bedarf es einer aktiven Beschäftigungspolitik. Es muss Schluss sein mit Billigjobs, die zu Lasten der Steuerzahler und der fairen Unternehmen gehen. Der Schlüssel für Wachstum und Teilhabe ist Bildung. Gute Bildung macht junge Menschen fit für die Arbeit von morgen und gute Weiterbildung sichert Arbeitsplätze bis ins Rentenalter. Nach Auffassung der SPD-Bundestagsfraktion muss der Staat die Voraussetzungen für neue Arbeit schaffen.